

Kampf für den Frieden unter Strafe stellen. Der Bonner Innenminister Lehr bezeichnete die patriotische Bewegung des Volkes in Westdeutschland als eine „innere Aggression“. Nach den Bestimmungen des Generalvertrages können die Okkupationsmächte solche Ereignisse zum Vorwand nehmen, um zur offenen Militärdiktatur überzugehen. Es besteht also ein enger Zusammenhang zwischen der Fortdauer der ausländischen Okkupation in Westdeutschland und der Schaffung einer Westdeutschen Wehrmacht, die in erster Linie der Unterdrückung des Volkes dient.

Aus der Note der Sowjetregierung:

*„... Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen ...“*

Die demokratischen Kräfte in Deutschland wissen aus eigener bitterer Erfahrung, daß die Entstehung der militaristischen Organisationen von den Freiwilligenverbänden bis zum „Stahlhelm“ und der SA von den deutschen Rüstungsherren und Großagrariern finanziert wurde. Diese Herren schufen sich damit eine Terrortruppe zur Niederknüpfung der Arbeiter und Zerschlagung der Gewerkschaften. So wie die SA im Jahre 1932 durch ihren Terror die faschistische Herrschaft vorbereitete, so wollen jetzt die militaristischen Organisationen in Westdeutschland der Militärdiktatur den Weg bereiten.

Das Verbot der Organisierung derartiger antidemokratischer und gegen die Erhaltung des Friedens gerichteten Organisationen liegt im Interesse des deutschen Volkes.

Aus der Note der Sowjetregierung:

*„... Allen ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee, einschließlich der Offiziere und Generale, allen ehemaligen Nazis, mit Ausnahme derer, die nach Gerichtsurteil eine Strafe für von ihnen begangene Verbrechen verbüßen, müssen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte wie allen anderen deutschen Bürgern gewährt werden zur Teilnahme am Aufbau eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands ...“*

Es soll also keine Diskriminierung der Offiziere und Generale der alten deutschen Armee erfolgen. Diese Menschen erhalten die volle Möglichkeit, beim Aufbau einer Friedenswirtschaft in Deutschland zu helfen. In der Deutschen Demokratischen Republik werden bereits seit langer Zeit diese Richtlinien angewandt. Damit werden die Folgen des zweiten Weltkrieges für die ehemaligen Angehörigen der deutschen Armee beseitigt, soweit diese sich nicht in den Dienst der Feinde der Nation, d. h. der amerikanischen, englischen und französischen Okkupationsmächte und ihrer Adenauer-Regierung stellen.

Aus der Note der Sowjetregierung:

*„... Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat ...“*

Ein solches Verbot von Militärbündnissen entspricht den Lebensinteressen aller friedliebenden Deutschen. Ein Deutschland, das in den Atlantik-Kriegspakt eingegliedert wird, würde damit zum Werkzeug der Interessen der Machthaber der USA. Ein Verbot von Militärbündnissen dient deshalb der Erhaltung der nationalen Souveränität Deutschlands und seiner Sicherheit.